

Initiatoren hoffen auf ein „echtes Meinungsbild“

Die Frage, ob es mit dem Quartier „Reservoir“ bei Kleinglattbach einen Vaihinger Beitrag zur Internationalen Bauausstellung (IBA) '27 Stadtregion Stuttgart geben wird, sollen die Bürger im Rahmen eines öffentlichen Beteiligungsprozesses diskutieren – im und parallel zum Leitbildprozess. Wie das aussehen soll, ist aber noch unklar.

VON MICHAEL BANHOLZER

VAIHINGEN/KLEINGLATTBACH. Der Vaihinger Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause am 29. Juli unter anderem beschlossen, dass es eine offene Bürgerbeteiligung zur Internationalen Bauausstellung (IBA) '27 Stadtregion Stuttgart geben soll (die VKZ berichtete). Die Bürgerschaft solle dabei sowohl im Rahmen des Vaihinger Leitbildprozesses als auch parallel dazu in einer separaten Struktur über das von der Kleinglattbacher Familie Sanders-Groeneveld und dem Ingenieur Dr. Thomas Dippel angestrebte innovative Stadtviertel „Reservoir“ diskutieren.

Wie das konkret aussehen soll, ist allerdings noch unklar. Wegen der Sommerpause habe sich dahingehend noch nicht viel getan, teilt Sprecher Mario Steigleder auf Nachfrage der VKZ mit. Die Stadt befinde sich aber zusammen mit dem Planungsbüro Sippel Buff, das für den Leitbildprozess beauftragt ist, bereits in der frühen Planungsphase, in der evaluiert werde, wie die separate Bürgerbeteiligung mit dem Leitbildprozess verbunden werden kann.

Wie genau das aussehen soll, fragt sich momentan auch Derk Groeneveld noch. Der Kleinglattbacher Landwirt und Mitinitiator des IBA-Projektes „Reservoir“ verbindet mit der zusätzlichen Bürgerbeteiligung zumindest die Hoffnung, dass diese ein „echtes Meinungsbild“ zur Folge haben wird. Im Optimalfall müsste dann vielleicht gar nicht das Ende des Leitbildprozesses abgewartet werden. Und das werde auch dem Gemeinderat eine Entscheidungsfindung in der Frage Pro oder Contra „Reservoir“ erleichtern. IBA-Intendant Andreas Hofer wolle in naher Zukunft mit Vaihingers Oberbürgermeister Gerd Maisch sprechen, weiß Groeneveld. Denn der IBA-Chef sei nach wie vor von dem Kleinglattbacher Projekt überzeugt und sei daher bereit, sich im Rahmen der Bürgerbeteiligung einzubringen. Den jüngsten Beschluss des Gemeinderates werte jedenfalls auch Andreas Hofer als positives Zeichen, berichtet Derk Groeneveld gegenüber der VKZ.

Die Meinung im Vaihinger Rat war bis zuletzt zweigeteilt. Die SPD-Fraktion im Gemeinderat hat daher inzwischen ein Diskussionspapier zum Thema vorgelegt. Kleinglattbach Süd II sei Priorität vor anderen größeren Siedlungsflächen einzuräumen, heißt es darin. Verfasser und Fraktionsvorsitzender Eberhard Berg, selbst früher Ortsvorsteher von Kleinglattbach, verweist darauf, dass das Areal schon seit 1985 für die Erschließung als Wohngebiet für rund 1800 Menschen vorgesehen sei – zuletzt konkret im Rahmen eines städtebaulichen Wettbewerbs im Jahr 2007. Im Übrigen habe der Gemeinderat bereits 1994 darüber diskutiert, ob sich Kleinglattbach Süd II für experimentellen Wohnbau eigne. Damals sei die Zeit wohl noch nicht reif gewesen. Aber die Grundidee aus dem Jahr 1985, das Gebiet abschnittsweise zu erschließen, sei nach wie vor richtig. Die etwa 20 Hektar große Siedlungsfläche „Reservoir“ könne in einzelne Bebauungspläne aufgeteilt und in mehreren zeitlich und geobenenfalls auch räumlich getrennten Ab-

schnitten realisiert werden, schreibt Eberhard Berg. Da die eigentliche für die IBA vorgesehene Fläche gänzlich im Besitz der Familie Sanders-Groeneveld sei, könne diese ohne Probleme und weitere Zeitverzögerung in einen IBA-Prozess eingebracht werden. Das sei bei dem bislang von der Stadt vorrangig behandelte Baugebiet Wolfsberg IV nicht der Fall. Dort komme die Stadt seit gut zehn Jahren zu keinem Ergebnis. Wegen der Eigentumsstruktur sei außerdem zu befürchten, dass dort ein herkömmliches Wohngebiet entstehen werde. „Die Entscheidung muss auch nicht sein ‚entweder/oder‘, sondern kann auch sein ‚sowohl als auch‘. Beide Baugebiete, das herkömmliche und das zukunftsorientierte, könnten auch parallel weiterentwickelt werden. Beide Baugebiete können auch abschnittsweise realisiert werden“, heißt es im Papier der SPD-Fraktion.

Diese plädiert dafür, das Neubaugebiet Kleinglattbach Süd II fantasievoll und zukunftsorientiert zu gestalten und die IBA-Bewerbung zu nutzen, um aus eingefahrenen Gleisen auszubrechen. Denn, so die Warnung: „Wenn dies nicht jetzt geschieht, dann in zehn Jahren im Rahmen einer konventionellen Bebauungsplanung.“



Auf den landwirtschaftlichen Flächen in der Nähe des Vaihinger Bahnhofes soll das IBA-Quartier „Reservoir“ entstehen.

Foto: Groeneveld

Für alle Projektentwickler gelten die gleichen Spielregeln

Fragen der SPD-Fraktion und Antworten von Oberbürgermeister Gerd Maisch und IBA-Intendant Andreas Hofer (Auszüge)

Reichen die bei der IBA als Projekt eingereichten 13 Hektar aus für einen ersten umsetzbaren Abschnitt im Plangebiet Kleinglattbach Süd II? Könnte ein vernünftiges Projekt auch mit weniger Fläche auskommen?

Hofer: Die IBA '27 hat keine Mindestgrößen für Projekte definiert. Für ein Neubaugebiet ist es aber sicher sinnvoll, in einer ersten Etappe eine gewisse Größe anzustreben, um einen Mindestausstattung mit Infrastruktur, eine Vielfalt der Nutzungsangebote, eine vernünftige Projektökonomie und stadträumliche Qualitäten schaffen zu können. In dem Sinne reichen die 13 Hektar sicher, es könnten auch weniger sein. Selbstverständlich wäre eine Realisierung in Bauabschnitten innerhalb eines Gesamtkonzeptes möglich.

Maisch: Die eingereichten Flächen sind nach unserer Berechnung zusammenhängend etwas kleiner, in jedem Falle aber ungeeignet, die nach dem Baugesetzbuch geforderten städtebaulichen Grundsätze zu erreichen. Flächen nach den vorhandenen landwirtschaftlichen Grundstücksgrenzen zu entwickeln kann in der Regel nur zu Abwägungsfehlern und damit zur Nichtigkeit des Bebauungsplans führen. Jedenfalls sind die im Fokus stehenden Grundstücke kein geeigneter Ausgangspunkt für eine geordnete städtebauliche Entwicklung. Auch nicht für einen sinnvollen kleineren 1. Bauabschnitt.

Wie kann die von Intendant Andreas Hofer angebotene Unterstützung in der Planungsphase aussehen?

Hofer: Die IBA '27 hat Mittel und Know-how für die Projektanbahnung. Wir unterstützen Kommunen in frühen Projektphasen bei der Zielbilddefinition, bei Beteiligungsformaten und bei der Gestaltung von Wettbewerbs- und Planungsvorhaben. Die IBA '27 verfügt mittlerweile über ein breites Expertenetzwerk und gute Kontakte zu Behörden und Fördermittelgebern. Allerdings sind die Mittel der IBA '27 beschränkt und die IBA '27 ist nicht investiv.

Welche Mehrkosten fallen für die Stadt Vaihingen an beim Einstieg in die Planung für das IBA-Projekt im Vergleich zum Baugebiet Wolfsberg IV?

Hofer: Die Teilnahme an der IBA '27 ist nicht mit Kosten verbunden. Die Qualitätsziele orientieren sich an Nachhaltigkeitszielen wie sie die Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen formuliert hat. Die IBA unterstützt Bestrebungen für dichte, effiziente und kostengünstige Projekte. Wir sind überzeugt, dass Beteiligungsformate und architektonische Qualität sich über Mehrwerte bei der Akzeptanz und der Dauerhaftigkeit im Lebenszyklus auszahlen.

Maisch: Die Planungskosten sind im Vergleich zu anderen Gebieten vergleichbar. Entscheidend sind aus Sicht der Stadtverwaltung aber nicht die Planungskosten, sondern die gesamtheitliche Betrachtung der Stadtentwicklung und Folgekosten.

Kann das angedachte IBA-Projekt parallel zum Leitbildprozess entwickelt werden? In welcher Form könnte/müsste eine Verzahnung erfolgen?

Hofer: Leitbildprozesse mit konkreten Projekten zu verbinden, kann Vorteile haben, weil das praktische, planerische Beispiel immer der beste Beweis für die Tauglichkeit des Leitbilds ist. Wir sehen in der sequenziellen Planungskultur hier in der Region durchaus Probleme. Im mehrjährigen Prozess vom städtebaulichen Leitbild über Bebauungspläne zu den konkreten Projekten geht teilweise die Flexibilität verloren, auf aktuelle Anforderungen angemessen reagieren zu können. Auf der anderen Seite erhöht die Überlagerung von Planungsphasen auch die Projektrisiken. Wenn zum Beispiel im Leitbildprozess festgestellt wird, dass das parallel entwickelte Projekt nicht funktioniert oder ganz anders aussehen sollte. Diese Chancen und Risiken sind im Einzelfall abzuwägen und sie brauchen die Zustimmung der verschiedenen Projektbeteiligten. Die IBA '27 ist aber grundsätzlich an Prozessinnovationen interessiert und sieht hier auch großen Potenziale für eine verbesserte Planungskultur.

Maisch: Bisherige Zielsetzung des Gemeinderates war, in einem Leitbildprozess mit der Bevölkerung einige „Leitprojekte“ zu definieren. Aus Sicht der Stadtverwaltung sollte die Frage, ob ein so großes Gebiet entwickelt werden soll, im Leitbildprozess diskutiert und im Anschluss vom Gemeinderat beraten und beschlossen werden. Aus Sicht der Stadtverwaltung wäre sonst dem Leitbildprozess der Boden entzogen, weil diese Entwicklung auf viele andere Fragestellungen Auswirkungen hat, die dann umgesetzt werden müssten und keine Diskussion mit

der Bevölkerung mehr erforderlich wäre. Zum Beispiel Entwicklung in anderen Stadtteilen, Schulentwicklung et cetera. Im Leitbildprozess kann und soll die Gesamtentwicklung der Stadt diskutiert werden. Die Stadtverwaltung legt Wert darauf, dass Entwicklung möglichst in allen Stadtteilen möglich sein soll. Gerade im Wohnungsbau!

Bis wann muss eine Entscheidung des Gemeinderates zustande kommen, um einen ausreichenden Zeitrahmen für eine sinnvolle Umsetzung zu haben?

Hofer: Die IBA '27 hat keinen Eingabeschluss. Allerdings muss sie im Jahre 2027 gebaute Beispiele präsentieren. In dem Sinne engagieren wir uns für Projekte, die realistisch in diesem Horizont realisierbar sind oder bei denen sich zumindest erste bauliche Umsetzungen zeigen lassen.

Maisch: Aus Sicht der Stadtverwaltung ist der Planungsprozess sicherlich aufwendig. Bei vielen kleineren Projekten hat der Gemeinderat richtigerweise Wettbewerbe vorgeschaltet. Aus Sicht der Stadtverwaltung kann es nicht sein, dass ein Dritter die städtebaulichen Ziele bestimmt. Dies kann nur durch den Gemeinderat auf der Grundlage von Bürgerbeteiligung und insbesondere für Kleinglattbach Süd mit einem angemessenen Planungswettbewerb erfolgen. Ich verweise dazu auf die Diskussionen und Wortbeiträge zur Entwicklung „BayWa“ oder den Bereich zwischen Grabenstraße und Friedrichstraße. Die Stadtverwaltung steht dafür, gleiche Spielregeln anzuwenden, bei allen Projektentwicklern.

Aufsteigende Tendenz bei neu gemeldeten Arbeitsstellen

Die Arbeitslosenquote im Landkreis Ludwigsburg liegt im August bei vier Prozent.

LUDWIGSBURG (p). Die Zahl der Arbeitslosen ist im Landkreis Ludwigsburg von Juli auf August saisonüblich angestiegen. Insgesamt waren bei der Agentur für Arbeit Ludwigsburg und dem kommunalen Jobcenter Landkreis Ludwigsburg 12 599 Personen arbeitslos gemeldet. Das waren 452 oder 3,7 Prozent mehr als im Vormonat und 3186 oder 33,8 Prozent mehr als im August des Vorjahres. Die Arbeitslosenquote stieg um 0,1 Prozentpunkte auf 4,0 Prozent (Vorjahr 3,0 Prozent).

Im Landkreis Ludwigsburg meldeten sich im August 2962 Menschen neu oder erneut arbeitslos, 549 oder 22,8 Prozent mehr als im Vormonat und 605 oder 17 Prozent weniger als im August des Vorjahres. Davon kamen 1131 Personen direkt aus einer Erwerbstätigkeit und 991 Personen aus einer Ausbildung oder Qualifizierungsmaßnahme. 2487 Personen konnten die Arbeitslosigkeit beenden. 894 nahmen eine Erwerbstätigkeit auf, 52 mehr als vor einem Jahr, und 562 begannen eine Ausbildung oder berufliche Qualifizierung.

„Erfreulich ist, dass die Zahl derer, die sich aus einer Erwerbstätigkeit heraus arbeitslos melden mussten, nicht weiter gestiegen ist und wieder mehr Menschen ihre Arbeitslosigkeit beenden und eine Erwerbstätigkeit aufnehmen konnten. Auch die Anzahl der neu gemeldeten Arbeitsstellen zeigte zuletzt wieder eine aufsteigende Tendenz“, beschreibt Martin Scheel, Leiter der Ludwigsburger Arbeitsagentur, die jüngsten Entwicklungen auf dem lokalen

Arbeitsmarkt. Dass die Arbeitslosigkeit im August gleichwohl angestiegen ist, führt Scheel auf den saisonüblichen höheren Zugang junger Menschen unter 25 Jahre zurück, die sich nach Abschluss ihrer Schulzeit oder ihrer Ausbildung vorübergehend arbeitslos gemeldet haben.

Bei der Agentur für Arbeit Ludwigsburg, dem Bereich der beitragsfinanzierten Arbeitslosenversicherung nach dem dritten Sozialgesetzbuch (SGB III), waren im August 7437 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet, 433 mehr als im Juli und 2496 Personen mehr als im Vormonatsmonat. Die anteilige Arbeitslosenquote stieg zum Vormonat um 0,2 Prozentpunkte auf 2,4 Prozent an. Beim kommunalen Jobcenter Landkreis Ludwigsburg, dem Bereich der steuerfinanzierten Grundsicherung nach dem zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II), waren im vergangenen Monat 5162 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet, 19 Personen mehr als im Vormonat und 690 Personen mehr als im August des Vorjahres.

Die anteilige Arbeitslosenquote lag wie im Juli bei 1,6 Prozent. Im August nahm der Arbeitgeber-Service der Ludwigsburger Arbeitsagentur 782 neue Stellenangebote auf, das waren 61 mehr als im Juli und 363 weniger als im August des vorherigen Jahres.

Der Stellenbestand belief sich im August auf 2545 neu zu besetzende Arbeitsstellen, ein Rückgang zum Vormonat um 26 (minus 1,0 Prozent) und zum Vormonatsmonat um 1619 (minus 38,9 Prozent).

Besonders in den Berufsbereichen „Rohstoffgewinnung, Produktion, Fertigung“ mit 597 gemeldeten Stellenangeboten, „Gesundheit, Soziales, Lehre und Erziehung“ mit 545 Angeboten und „Verkehr, Logistik, Schutz und Sicherheit“ (496 Stellenangebote) werden neue Mitarbeiter gesucht. Dabei dominiert die Nachfrage nach ausgebildeten und qualifizierten Mitarbeitern. Infolge der Digitalisierung und den vielfältigen Veränderungen in nahezu allen Branchen und Berufen spielt die berufliche Weiterbildung und Qualifizierung eine immer größere Rolle.

Im Juli zeigten 107 Unternehmen für 3882 Arbeitnehmer Kurzarbeit an. Damit gingen von März bis Juli insgesamt 5599 Anzeigen für 92 876 Personen ein.

Die Arbeitslosigkeit im Bezirk der Agentur für Arbeit Nagold-Pforzheim ist von Juli auf August, für die Jahreszeit durchaus üblich, um 939 oder 5,8 Prozent auf 17 054 gestiegen. Trotz Corona ist der Anstieg gegenüber dem Vormonat geringer ausgefallen als in den Vorjahren. Im Vergleich zu August 2019 sind im Nordschwarzwald 5584 oder 48,7 Prozent mehr Menschen arbeitslos.

Damit liegen die Arbeitslosenzahlen deutlich über dem August-Wert des vergangenen Jahres, der Vorjahresabstand hat sich aber wieder etwas verringert.

Die Arbeitslosenquote hat sich gegenüber Juli um 0,3 Prozentpunkte auf 5,0 Prozent erhöht. Vor einem Jahr lag sie noch bei 3,4 Prozent.

Im Kasten



Nach dem Maientag ist vor dem Maientag. Die Landfrauen Vaihingen, vertreten durch die Vorsitzende Anne Fladerer und Helga Haag, haben einen über 80 Jahre alten Leiterwagen von Margarete Ruhl als Spende bekommen, der für zukünftige Auftritte der Landfrauen – sei es beim Maientagsumzug oder zu sonstigen Veranstaltungen – eingesetzt werden kann.

Foto: gar